

Der Kanton St. Gallen sitzt in der Finanzklemme. Martin Gehrer, Chef des Finanzdepartements, erklärt, wie es so weit kommen konnte, warum es trotz allem richtig und wichtig war, dass der Kanton nicht konsequenter gespart hat, und wie er die finanzielle Zukunft des Kantons sieht.

«Beim Sparen gibt es kein Tabu»

Der Mehrjahresplan des St. Galler Finanzdepartements spricht Klartext: Es kommen harte Zeiten auf den Kanton zu, warnt der kantonale Säckelmeister Martin Gehrer.

Mit Martin Gehrer* sprach Brigitte Tiefenauer

Herr Gehrer, wie eng haben Sie Ihren Gürtel schon geschnallt?

Martin Gehrer: Mein Hosengürtel ist immer etwa gleich eng geschnallt. Der Kanton hingegen wird seinen Gürtel enger schnallen müssen.

Erst noch brillierte St. Gallen mit der Steuergesetzrevision und mit der Senkung des kantonalen Steuerfusses. Heute erschrecken tiefrote Perspektiven. Was ist falsch gelaufen?

Tatsächlich haben wir seit 2007 Steuerentlastungen von jährlich 760 Millionen Franken gemacht; davon 470 Millionen zu Lasten des Kantons und 275 Millionen zu Lasten der Gemeinden. Damit ist es uns gelungen, unsere Bevölkerung und auch die KMU spürbar zu entlasten. Dank hoher Reserven war dies auch gerechtfertigt. Zudem hofften wir auf eine gute Wirtschaftsentwicklung. In der Krise ist es uns aber leider nicht gelungen, die Einbussen aufzufangen.

Also ein Fehlentscheid?

Nein. Die Steuerentlastung war notwendig und richtig. Um die Standortattraktivität weiter zu verbessern, hat sich die Regierung vor einem Jahr sogar zum Ziel gesetzt, bei der Steuerbelastung der natürlichen Personen von Platz 18 ins Mittelfeld der Kantone zu kommen. Bei den juristischen Personen wollen wir vom derzeit nationalen 10. Rang ins Mittelfeld der

Ostschweiz vorstossen, weil hier unsere Hauptkonkurrenten sind. Glarus und Graubünden sind zwar schlechter positioniert als St. Gallen, der Thurgau und die beiden Appenzell sind aber klar voraus.

Ist das ein realistisches Ziel?

Es wären dafür weitere Steuerentlastungen von 50 bis 60 Millionen Franken pro Jahr nötig. Die Regierung ist aber zum Schluss gekommen, dass wir uns dies momentan nicht leisten können, und sieht vorläufig davon ab.

«Im Worst Case müssen wir die Steuern erhöhen»

Wie schlecht geht es dem Kanton St. Gallen wirklich?

Die Aussichten sind nicht gerade verheissungsvoll. Zum Glück verfügen wir dank bewährter Politik der Verschuldensbegrenzung und dank der Goldmillionen der Nationalbank über Eigenkapital von 1,4 Milliarden Franken. Davon sind knapp 600 Millionen zweckgebunden für Steuerentlastungen und Gemeindefusionen. Es kann und soll aber nicht das Ziel sein, die frei verfügbaren Restreserven von gut 800 Millionen unverzüglich zu verbraten. Vielmehr wollen wir sorgfältig damit umgehen, um einigermassen über die Runden zu kommen und nicht in eine Verschuldung zu geraten.

Was machen andere Kantone besser, dass sie den Tiefsteuerfuss halten können?

Die konjunkturelle Entwicklung trifft alle. St. Gallen ist mit seiner Verzichtplanung nicht allein. Auch die



«Aussichten wenig verheissungsvoll»: Finanzchef Martin Gehrer bekämpft das Loch in der Kantonskasse mit strengen Budgetvorgaben. Bild Brigitte Tiefenauer

Kantone Zürich und Ausserrhodens sowie der Bund haben Sparpakete angekündigt. Weitere Kantone werden folgen.

Wo setzen Sie den Sparhebel an?

Wir erarbeiten eine Verzichtplanung, bei der wir nicht nur von zusätzlichen Leistungen absehen, sondern generell unsere Leistungen hinterfragen und sie gegebenenfalls abbauen oder ganz darauf verzichten. Dabei gehen wir von einem Basis-Szenario mit einem leichten Steuerertragszuwachs ab dem Jahr 2011 aus. Bei einem Best-Case-Szenario ist der Verzicht kleiner. Wächst die Wirtschaft nicht, reden wir vom Worst-Case-Szenario. Das würde bedeuten, dass wir trotz Verzichtplanung eine Steuererhöhung ins Auge fassen müssen.

«Wir brauchen die Gemeinden mit im Boot»

Wie sieht diese Verzichtplanung aus?

Dafür braucht es Zeit und allenfalls sogar Gesetzesänderungen. Weil das ziemlich komplex ist, arbeiten wir in zwei Phasen: Wir leiten schon in diesem Jahr die Verzichtplanung für 2012 und 2013 mit einem Sparumfang von je 180 Millionen Franken ein. Dies wird begleitet von strengen Budgetvorgaben für das Jahr 2011, womit wir Einsparungen von 73 Millionen Franken anstreben. Wo wir genau sparen wollen und müssen, werden wir bei der Budgetplanung im Lauf dieses Jahres festlegen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 4

«Die CVP-Fraktion wird Anträge stellen»



Benedikt Würth, CVP-Kantonsrat und Stadtpräsident, Rapperswil-Jona: «Auch wenn die Linken argumentieren, dass die Steuerreformen des Kantons zu weit gingen, meine ich, dass sie aufgrund des interkantonalen Wettbewerbs richtig waren. Der Einnahmerückgang ist eine Folge der Wirtschaftskrise. Damit der Finanzhaushalt nicht aus dem Lot gerät, muss die Regierung jetzt Prioritäten setzen.

Ehrlicherweise muss festgehalten werden, dass im Kantonsrat aus allen Parteien Vorstösse kommen, die nicht gratis zu haben sind. Man hätte früher Einschränkungen machen müssen. Im Aufgaben- und Finanzplan ist Verschiedenes aufgeführt, worauf verzichtet werden kann. Die CVP-Fraktion wird konkrete Anträge stellen, zum Beispiel gegen die kantonale Ombudsstelle oder die sofortige Abhandlung der Kantonsbibliothek. Vorhaben und Massnahmen, die einen volkswirtschaftlichen Mehrwert aufweisen, sollten aber nicht gestrichen werden. Ich denke an die Verkehrsvorhaben.» (bt)

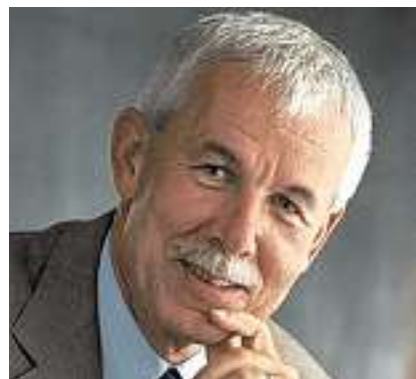
«Die Verschuldung ist in Kauf zu nehmen»



Eva B. Keller, Präsidentin SP See-Gaster, Uetliburg: «Der Finanzengpass des Kantons war vorauszusehen. Erschwerend ist, dass er in der schwierigen wirtschaftlichen Situation kommt. Die Steuerensenkungen waren zu optimistisch. Ich hätte die Steuern weniger gesenkt und dafür zukunftsorientierte Anreize geschaffen, zum Beispiel mit Arbeitsplätzen in der Entwicklung und Produktion erneuerbarer Energien.

Nun ist vorübergehend eine Verschuldung des Kantons in Kauf zu nehmen. Ausgaben sind nur moderat zurückzufahren, und in der derzeitigen Lage liegt eine Steuererhöhung nicht drin. Ich befürchte aber, dass nun bei Gebäude-Investitionen wie den Spitälern oder der Kantonsschulen gespart wird. Einzelne Gemeinden werden die Steuern erhöhen müssen – zum Leidwesen der sozial Schwachen. Bei den Gemeinden sehe ich kaum Sparmöglichkeiten, der Kanton könnte indes Strassenbauprojekte zurückstellen. Auf keinen Fall darf bei den Sozialausgaben gespart werden.» (bt)

«Wir können uns Luxus nicht leisten»



Hansruedi Spiess, Kantonsrat FDP, Rapperswil-Jona: «Die FDP weist seit Jahren daraufhin, dass das Ausgabewachstum des Kantons von 3,2 auf 4,7 Milliarden Franken in den Jahren 2000 bis 2013 überrissen ist. Die Steigerung liegt weit über Teuerung und Wirtschaftswachstum. Nur dank ausserordentlicher Einnahmen und unerwarteter Steuererträge sind die Finanzen noch gesund. Immerhin beträgt das Vermögen noch über eine Milliarde Franken. Dazu müssen wir Sorge tragen.

Luxuriöse Kulturprojekte wie das Kunstzeughaus Rapperswil, das Kanton und Stadt jährlich 300 000 Franken Defizitbeitrag kostet, können wir uns nicht leisten. Grossvorhaben im Strassenbau muss der Kanton priorisieren. Bürokratische Abläufe wie Bewilligungen können vereinfacht und so Personal eingespart werden. Grössere Schulklassen bei sinkender Schülerzahl würden weitere Einsparungen ergeben. Keinesfalls darf der Kanton auf Kosten der Gemeinden sparen, und er muss endlich die längst fällige Aufgabenteilung vornehmen.» (bt)

«Schlendrian gerät in die Zwickmühle»



Marianne Steiner, Präsidentin SVP See-Gaster, Kaltbrunn: «Der Finanzengpass des Kantons ist kurzum verheerend. Er beweist einmal mehr, dass, wer in guten Zeiten mit dem Staatshaushalt wie ein Schlendrian umgeht, in der Krise in die Zwickmühle gerät. Der Kanton hat die Sorgfaltspflicht, die eben auch in erfolgreichen Jahren gilt, nicht wahrgenommen. Die Ausgaben sind ständig gestiegen – für Kunst, Kultur, Bildung.

Der Leitsatz für alle finanziellen Vorlagen heisst nun 'Machbares vor Wünschbarem'. Sämtliche Ausgaben sind auf ihre Tragbarkeit zu prüfen, auf Luxus ist zu verzichten. Konkret sparen lässt sich bei Kunst und Kultur, bei der Integration sowie im Bau- und Bildungswesen. Letzteres bei Harmons, Basisstufe und Oberstufe 2012. Die Departemente müssen sich arrangieren. Steuererhöhungen für unsere Bürger sind inakzeptabel.

Ich fürchte allerdings, dass der Kanton – um seine eigene Haut zu retten – weitere finanzielle Lasten an die Gemeinden abschiebt.» (bt)

«Trotzdem wäre ich vorsichtiger gewesen»



Urs Roth, Kantonsrat und Gemeindepräsident, Amden: «Als der Kanton die Steuereinnahmen reduzierte, war noch keine Wirtschaftskrise. Der Konkurrenzdruck unter den Kantonen und die Kapitalreserven rechtfertigten die Steuergesetzrevision. Insofern können wir den Finanzplanern rückblickend keinen Vorwurf machen. Trotzdem wäre ich an ihrer Stelle vorsichtiger gewesen. Ein gewisser Pessimismus, wie ihn normalerweise die Finanzchefs an den Tag legen, zahlt sich eben meist aus. Ich rate dem Kanton, allzu perfektionistische Strassen-sanierungen zurückzustellen.

Gespannt bin ich, was auf die Gemeinden zukommt. Gemeindefusionen gibt es bestimmt Sparpotenzial, zu viele Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen, wäre aber für jedes Gemeindebudget einschneidend. Auf keinen Fall gespart werden sollte beim Finanzausgleich und beim Sonderlastenausgleich Weite. Diese Ausgaben, unter die auch die Schneeräumung fällt, sind für unsere Gemeinde hoch und nicht beeinflussbar.» (bt)